



Inhaltsverzeichnis

Seite

1. EINLEITUNG	3
2. ZIELSETZUNG DES INSTITUTS	4
3. AUFBAU DES INSTITUTS	5
LEITUNG UND MITARBEITER	5
FÖRDERVEREIN.....	6
DIE WALTER HALLSTEIN-BIBLIOTHEK	6
DIE WEBSEITE DES WHI.....	7
DAS EUROPEAN CONSTITUTIONAL LAW NETWORK (ECLN).....	7
ALEXANDER VON HUMBOLDT INSTITUT FÜR INTERNET UND GESELLSCHAFT (HIIG).....	8
4. FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE (FCE).....	10
5. HUMBOLDT-REDEN ZU EUROPA (HRE).....	18
6. GRADUIERTENKOLLEG „VERFASSUNG JENSEITS DES STAATES“	22
GRAKOV-KONFERENZEN.....	23
WISSENSCHAFTLICHES BEGLEITPROGRAMM	23
7. KOOPERATIONEN MIT EU-INSTITUTIONEN	25
8. TRANSFER DER WISSENSCHAFTLICHEN TÄTIGKEITEN DES WHI	25
PROF. DR. DR. H.C. INGOLF PERNICE	25
VERÖFFENTLICHUNGEN	25
VORTRÄGE	26
INTERVIEWS	26
PODIUMSDISKUSSSIONEN, WORKSHOPS, FACHGESPRÄCHE, ANHÖRUNGEN	27
BERATERTÄTIGKEITEN	27
PROF. DR. MICHAEL KLOEPFFER	28
VERÖFFENTLICHUNGEN	28
PROF. DR. FRANZ C. MAYER, LL.M. (YALE)	28
VERÖFFENTLICHUNGEN	28
VORTRÄGE	29
INTERVIEWS	29
PROF. DR. DANIEL THYM, LL.M. (LONDON).....	30
VERÖFFENTLICHUNGEN	30
INTERVIEWS	31
JUN.-PROF. DR. STEFFEN HINDELANG, LL.M. (SHEFFIELD).....	31
VERÖFFENTLICHUNGEN	31
VORTRÄGE	32
BERATERTÄTIGKEITEN	32
DR. MATTHIAS WENDEL, MAÎTR. EN DROIT (PARIS 1)	32
VERÖFFENTLICHUNGEN	32
VORTRÄGE	33
MICHAEL SCHWARZ.....	33
VERÖFFENTLICHUNGEN	33

VORTRÄGE	33
LARS S. OTTO, LL.M. (LSE)	33
VERÖFFENTLICHUNGEN	33
9. SCHRIFTENREIHE EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT / WHI-PAPERS	34
10. INTERNATIONALER FORSCHERAUSTAUSCH	35
AUSWÄRTIGE LEHRTÄTIGKEIT UND TEACHING STAFF MOBILITY	35
JUN.-PROF. DR. STEFFEN HINDELANG, LL.M. (SHEFFIELD)	35
GASTFORSCHER.....	35
11. PROMOTIONEN AM WHI	36
12. BETEILIGUNG AN DER LEHRE	37
EUROPEAN ONLINE ACADEMY	37
STUDIENGANG EUROPAWISSENSCHAFTEN.....	37
MEGA-PROGRAMM	37
LL.M.-PROGRAMM.....	38
SEMINAR UND EXKURSION – “EUROPA VOR ORT”	39
MODEL EUROPEAN UNION CONFERENCE.....	39
ROBERT BOSCH STIFTUNG: INTRODUCTORY WORKSHOP IM RAHMEN DES BELLEVUE-PROGRAMMS	40
13. KONTAKT.....	41

☆ 1. Einleitung

Das Jahr 2011 war von der Verschärfung der Finanzkrise überschattet. Für das Walter Hallstein-Institut bedeutete das, einen verstärkten Focus auf die Bemühungen nicht nur auf eine Rettung der in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten, sondern auch auf die Vorbereitung einer Reform der EU-Verträge zu richten. Die Frage wird sein, ob es gelingt, die Asymmetrie zwischen Wirtschafts- und Währungsunion aufzuheben und in demokratisch besser legitimer Weise durch eine kohärente europäische Wirtschaftspolitik künftig Verwerfungen in der Union zu vermeiden.

Demgemäß waren nicht nur die wissenschaftlichen Arbeiten am Institut, sondern vor allem auch die Vortragsreihen FCE und HRE von diesen Themen geprägt. Interessant zu beobachten war die zunehmende Akzeptanz der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen des doch erst kürzlich in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon unter dem Druck einer nachhaltigen Krisenbewältigung und –vorsorge. Eine auch von den Botschaften anderer EU-Länder immer wieder gestellte Frage war diejenige nach den vom Bundesverfassungsgericht im Lissabon-Urteil aber später dann auch im Urteil vom 7. September zum Euro-Rettungsschirm gesetzten Grenzen für weitere Integrationsschritte. Dazu kommt die Sorge um die demokratische Legitimation der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten, wenn diese wegen der Rückwirkungen „autonomer“ nationaler Entscheidungen auf die anderen Mitgliedstaaten und den Euro insgesamt einem verbindlichen europäischen Rahmen oder der europäischen Aufsicht unterworfen werden. Der jetzt ins Auge gefasste Fiskalpakt und die verbindliche Einführung des „Europäischen Semesters“ bedürfen einer genauen Prüfung nicht nur der Verträglichkeit mit europäischem und nationalem Verfassungsrecht, sondern auch der Entwicklungsfähigkeit zu einer wirklichen Reform der Verträge, mit der die Europäische Union und mit ihr die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilen Gemeinschaft fortentwickelt wird. Die internationalen Finanzmärkte, deren Vertrauen auch hiermit wiedergewonnen werden soll, werden mit einer wirksamen Reform der Union ihrerseits durch die damit erreichte Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union einer Regulierung zugeführt werden müssen, die sicherstellt, dass demokratisch legitimierte Politik nicht dem Diktat übermächtiger Finanzjongleure unterworfen wird.



Prof. Pernice mit dem niederländischen Finanzminister Jan Kees de Jaeger und Gästen auf dem Weg zur HRE-Rede

Forschungen, die über das europäische Verfassungsrecht hinausgehend nunmehr verstärkt auch die globale Perspektive aufgreifen, sollen durch die Beteiligung von Prof. Pernice an der Gründung eines neuen Instituts unterstützt werden: Das Alexander von Humboldt Insti-

tut für Internet und Gesellschaft dient ihm als Forum eines transdisziplinären Dialogs und einer auf neue Techniken und Methoden gestützten Arbeit zu den Veränderungen, die das Internet für Begriff und Funktion von Öffentlichkeit, Demokratie, Staat und Verfassung mit sich bringt, zu den Grenzen der Nutzung des Internets und zu den Chancen, die es möglicherweise bietet für die Entstehung eines globalen öffentlichen Diskurses, neuer politischer Strukturen und demokratischer Verfahren und für die Legitimation notwendiger globaler Rechtsetzung nicht nur für das Internet sondern auch für die Regulierung der Finanzmärkte oder die Bewältigung anderer globaler Herausforderungen.

Wir danken der Robert-Bosch-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Deutschen Post AG für die gute Zusammenarbeit bei den Vortragsreihen FCE und HRE. Der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der MEUC. Die Finanzkraft des Vereins für Europäisches Verfassungsrecht blieb auch im Jahre 2011 trotz aller Knappheit stabil. Allen Spendern, Mitgliedern des Vereins und allen Mitarbeitern und Freunden des Instituts sei an dieser Stelle für ihr Engagement herzlich gedankt.

2. Zielsetzung des Instituts

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (WHI) wurde im Oktober 1997 gegründet. Ziel bleibt die Erforschung und Diskussion der Grundlagen, Strukturen und Inhalte einer europäischen Verfassungsordnung auf verfassungsvergleichender Basis. Dem dient der kontinuierliche Ausbau des vom WHI initiierten und von Prof. Pernice koordinierten Netzwerks von Instituten zur kooperativen



Forschung auf dem Gebiet des europäischen Verfassungsrechts („European Constitutional Law Network“ - ECLN), der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien zur Intensivierung des europa-, ja weltweiten Diskurses über eine europäische Verfassung sowie die Nutzung der geographischen Lage Berlins und des Profils der Humboldt-Universität als „Brücke zwischen Ost und West“. Die Integration von Theorie und Praxis durch praxis- und politikorientierte Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt und die Förderung eines öffentlichen, europaweiten Verfassungsdiskurses werden ebenso angestrebt wie die Beratung der Politik zu zentralen Fragen der Europäischen Verfassung.

3. Aufbau des Instituts



Das Walter Hallstein-Institut versteht sich weiterhin als eine wissenschaftliche Einrichtung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, die sich der Stärkung des Diskurses über die Entwicklung der Europäischen Union verschrieben hat und diese Entwicklung mit wissenschaftlichen Arbeiten und Vorträgen unterstützen will. Es stützt sich zum einen auf die genannte Spezialbibliothek zum vergleichenden Verfassungs- und Europarecht (Walter Hallstein-Bibliothek), zum anderen auf einen Internetauftritt (www.whi.eu), in dem es darum geht, aktuelle europäische Themen aufzugreifen, Materialien von renommierten Wissenschaftlern zu veröffentlichen sowie über Neuigkeiten des Instituts zu informieren. Die dritte Säule ist die internationale Kooperation im Rahmen des European Constitutional Law Network (ECLN), das mit wissenschaftlichen Symposien, Projekten und Materialien in einem eigenen Internetangebot (<http://www.ecln.net>) die europäische Forschung zum Verfassungsrecht unterstützt.

Die Anschubfinanzierung wurde durch einen Zuschuss der Europäischen Kommission und Spenden diverser privater Stiftungen sichergestellt. Daneben bildet der WHI-Förderverein eine wesentliche Stütze für die dauerhafte Finanzierung der Institutsarbeit.



Leitung und Mitarbeiter

Direktor des WHI ist seit der Gründung im Jahre 1997 Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice*, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht. Co-Direktor ist Prof. Dr. *Michael Kloepfer*, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Europarecht, Finanz- und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität.

Eigenes Personal hat das WHI nicht. Umso mehr ist das Institut denjenigen dankbar, die frei oder als Mitarbeiter der beteiligten Lehrstühle die Arbeit des WHI auch im Jahr 2011 mitgetragen haben: Dr. *Mattias Wendel*, *Maître en droit* (Paris I) sowie bis Mitte des Jahres Prof. Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield) als wissenschaftliche Assistenten, *Martin Mlynarski*, *Lars S. Otto*, LL.M. (LSE), *Luise Schöne*, *Kristin Bettge*, *Rüdiger Schwarż*, *Michael Schwarż*, *Julia Wunderer*, *Patricia Stöbener*, LL.M. (London), Dr. *Oswaldo Saldias Collao* als wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, sowie *Henrike Maier*, *Henner Fries-Henrich* und *Sebastian Leuschner* als studentische Mitarbeiter/innen am Lehrstuhl Pernice. Für das Grakov-Graduiertenkolleg waren Dr. *Ann-Katrin Kaufhold* und Dr. *Jobanna Sprondel* als Koordinatorinnen zuständig und wurden von *Roman Kowolik* und *Anke Ortmann* als studentische Mitarbeiter unterstützt.

Frühere Mitarbeiter, Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Prof. Dr. *Franz C. Mayer*, LL.M. (Yale), Prof. Dr. *Stephan Wernicke* und Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield) unterstützen das WHI als Senior Fellows, *Edgar Lenski* als Fellow. Die Betreuung des Fördervereins und die Neuwerbung von Mitgliedern sowie die Verwaltung und Buchhaltung für das WHI besorgte dankenswerter Weise *Gabriele Müller*.

Förderverein

Der gemeinnützige Förderverein „Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V. – Freunde und Förderer des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht“ wurde im Januar 2000 zur Sicherstellung der fortlaufenden Finanzierung gegründet. Damit werden die Förderungsmöglichkeiten durch Drittmittel verbessert und die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts garantiert. Der Verein steht natürlichen wie institutionellen Mitgliedern offen. Er zählt inzwischen über sechzig namhafte Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Gerichten und Wissenschaft.

Institutionelle Mitglieder des Vereins sind die Sozietäten Hengeler Mueller und Freshfields Bruckhaus Deringer, die Deutsche Post AG sowie das Bundesministerium der Justiz.

Dem Förderverein kommt eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung der Kosten zu. In diesem Jahr hat der Verein eine Gesamtsumme von 22.000 € (inklusive zweckgebundener Sponsorengelder für die HRE- und FCE-Reden) aufgebracht. Die hauptsächlichen Ausgabeposten betrafen die Veranstaltung der HRE- und FCE-Redenreihen, die Anschaffung neuer Literatur für die Institutsbibliothek, Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die Organisation einer Studienreise im Rahmen eines von Prof. Pernice veranstalteten Seminars zu den demokratischen Strukturen der EU sowie die Neugestaltung der Institutswebsite.

In Zukunft soll sich der Verein weiter der Förderung der Publikationen des WHI widmen sowie zum Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek und der Pflege der institutseigenen Homepage beitragen. Hierzu bauen wir weiterhin die ideelle wie finanzielle Unterstützung der Vereinsmitglieder. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30 €, institutionelle Mitglieder entrichten einen Mindestbetrag von 500 €. Der Verein steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Zivilgesellschaft offen und freut sich über neue Mitglieder.

Unter Sekretariat@whi-berlin.de kann mit dem Förderverein Kontakt aufgenommen werden.

Die Walter Hallstein-Bibliothek

Die in einem eigenen Bibliotheks- und Seminarraum untergebrachte Walter Hallstein-Bibliothek konzentriert sich auf verfassungs- und europarechtliche Literatur aus Mitglieds- und Beitrittsstaaten der Europäischen Union und aus Drittländern, insbesondere den USA. Dazu gehören neben Monographien, Kommentaren und Lehrbüchern auch repräsentative juristische Zeitschriften. Die Literaturdatenbank des Instituts erfasst alle am Institut befindlichen Bücher, in ihr kann aber auch systematisch nach den in den letzten Jahren gesammelten Sonderdrucken und Einzelartikeln zu den zentralen Sachthemen gesucht werden.

Derzeit umfasst der Bestand der Bibliothek 5051 Titel, allein in diesem Jahr wurden 5000 € vom Verein für die Neuanschaffung von Büchern und Zeitschriften bereitgestellt. Daneben beherbergt die Bibliothek auch durch Fördermittel des Grakov-Graduiertenkollegs „Verfassungsrecht jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ sowie des MEGA-Programms (nähere Informationen dazu in Kapitel 6 und 11) angeschaffte Werke.

Die Bibliothek ist nicht nur das Zentrum der Forschungsarbeit, sondern der Raum wird auch für die wissenschaftlichen Begegnungen des Graduiertenkollegs genutzt. Die Hallstein-Bibliothek steht für Forschungsarbeiten den Studierenden und Mitarbeitern der Humboldt-Universität sowie interessierten Forscherinnen und Forschern aus dem In- und Ausland offen. Interessierte können sich unter bibliothek@whi.eu für die Bibliotheksnutzung anmelden und haben unter (<http://www.whi-berlin.eu/bibliothek.html>) Zugriff auf die Literaturliteraturdatenbank.

Die Organisation und Buchhaltung der Bibliothek wurde auch in diesem Jahr von *Gabriele Müller* übernommen.

Die Webseite des WHI

Eine tragende Einrichtung des Walter-Hallstein-Instituts ist ihre Internetpräsenz (www.whi.eu). Sie wurde in diesem Jahr einer umfassenden Neugestaltung in konzeptioneller wie ästhetischer Hinsicht unterzogen. Alle vom Institut ausgehenden Aktivitäten und Publikationen werden auf dieser Webseite der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören vor allem die Texte der Vorträge des FCE und der Humboldt-Reden



zu Europa, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Kurzbeiträge zum europäischen Verfassungsrecht (WHI-Papers) sowie Links zu anderen Angeboten zum Europarecht bzw. zur Europapolitik. Interessenten können das Material auch herunterladen. Auch die Literaturliteraturdatenbank der Institutsbibliothek ist hier einsehbar.

Das European Constitutional Law Network (ECLN)

Das WHI ist Initiator und zentraler Knoten eines Netzwerkes von Instituten mit ähnlicher Zielsetzung in den Mitgliedstaaten Europas und den USA (European Constitutional Law Network), das mit einer eigenen, neu gestalteten Webseite auftritt (www.ecln.net). Das Netzwerk dient der europäischen bzw. internationalen Forschungskooperation sowie dem Gedankenaustausch zu Themen des Europäischen Verfassungsrechts. Es führt dazu regel-

mäßig internationale Symposien durch. Nicht zuletzt begünstigt die gemeinsame Arbeit in einem derartigen Netzwerk auch den personellen Forscheraustausch.

Das ECLN verfügt über keine eigenen Organe oder Einrichtungen. Prof. Pernice nimmt seit der Gründung des ECLN die Aufgabe des Koordinators wahr. Gegründet wurde es im Zusammenhang mit der WHI-Eröffnungstagung 1998 in Berlin. Das mittlerweile achte ECLN-Symposium fand vom 6. bis 8. Oktober 2010 an der CEU San Pablo Universität Madrid statt.

Soweit verfügbar, sind alle Beiträge zu den Symposien auf der Webseite des ECLN unter <http://www.ecln.net> veröffentlicht. Daneben erscheinen die Beiträge regelmäßig auch in Buchform in den eigens hierfür eingerichteten „European Constitutional Law Network Series“ bei NOMOS. 2011 erschien hier:

Band 8 : Ingolf Pernice /José María Beneyto Pérez (Hrsg.): Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law – Lisbon and Beyond, 2011.



Seit einigen Jahren wurde im Blick auf die Intensivierung eines interdisziplinären Dialogs der Mitgliederkreis über die Experten des Europa- und Verfassungsrechts hinaus schrittweise auf Politikwissenschaftler ausgedehnt, die mit ihren Beiträgen Horizont und Perspektiven des ECLN wesentlich erweitern. Die aktuelle Liste der Mitglieder sowie weitere Informationen zum ECLN sind online zu finden unter <http://www.ecln.net>. Hier besteht auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme. Seitens des WHI ist Dr. Matthias Wendel, Maître en droit (Paris 1) mit der Betreuung des ECLN betraut.

Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)

Eine neue Dimension der Forschung zum europäischen und – erweitert – zum globalen Verfassungsrecht eröffnet die Gründung des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft. Hier verbindet sich eine Initiative von Google Deutschland mit dem im WHI durch Prof. Pernice schon seit 2005 in Angriff genommenen und theoretisch Schritt für Schritt mit einem Beitrag zur Festschrift für Christian Tomuschat (2006), durch einen Forschungsaufenthalt in Princeton (2008/09) und mit dem Graduiertenkolleg (s.u.) entwickelten Projekt der Erforschung der „global dimension of multilevel constitutionalism“. Rechtliche Festlegungen im Bereich der „internet governance“, über den Netzzugang und Netzneutralität, über Datenschutz oder intellektuelle und künstlerische Eigentumsrechte, sind weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene sinnvoll zu treffen. Auch das Völkerrecht, insbesondere internationale Verträge sind kaum geeignet, die nötige flächendeckende, globale Anwendung sicherzustellen. Globale Kommunikation fordert, wie auch der Schutz des Klimas, die Seuchenbekämpfung, Frieden und Sicherheit, die Regulierung der Finanzmärkte und andere globale Herausforderungen globale Normen, Rechtsetzung mit allgemeiner Wirkung. Umgekehrt hat das Internet und mit ihm eine Vielzahl neuer digitaler Technologien das Potential, Information, Wissen und Diskursflächen in bisher kaum vorstellbarem Umfang bereitzustellen und damit Öffentlichkeit und Kommunikation über alle geographischen und sozialen Grenzen hinweg zu erlauben. Es verändert die Menschen und ihr Verhalten, es verändert die Gesellschaft, die Realität von Staat und Verfassung.

Die Europäische Union sucht mit der „Digitalen Agenda für Europa“ die Bedingungen für technische und auch gesellschaftliche Innovation zu verbessern und nutzt die neuen Möglichkeiten in vielerlei Hinsicht. Das Internet-Forum zum Verfassungskonvent war ein frühes Beispiel. Neue Initiativen zu Datenschutz und Eigentumsrechten im Internet sind andere Beispiele. So wie die hier entwickelten Mechanismen überstaatlicher Politik und Rechtsetzung könnten auch die jetzt in die Diskussion gebrachten europäischen Lösungen Modell für künftig global wirksames Recht sein. Das durch Spezialisten der Wirtschaftsinformatik, der Politikwissenschaft, des Medienrechts und des Verfassungsrechts geschaffene interdisziplinäre Leitungsteam des Instituts begründet die Erwartung einer fruchtbaren Bündelung von Kompetenz aus den relevanten Bereichen, wie sie für die Erforschung der Entwicklung eines globalen Verfassungsrechts im Zeitalter des Internets unerlässlich ist.

Als Gründungsmitglied und Sprecher der Direktoren des neuen Instituts, das als An-Institut mit der Humboldt-Universität zu Berlin verbunden sein soll, wird Prof. Pernice auch sachlich um eine enge Zusammenarbeit mit dem WHI besorgt sein, idealerweise zum Vorteil für beide Institute.

Nähere Informationen zum HIIG und seiner weiteren Entwicklung finden sich auf der neuen Seite des Instituts unter www.hiig.de.



Die vier Gründungsdirektoren des HIIG von links oben nach rechts unten: Dr. Jeanette Hofmann (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Prof. Ingolf Pernice (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Wolfgang Schulz (Universität Hamburg), Prof. Thomas Schildhauer (Universität der Künste Berlin).

4. Forum Constitutionis Europae (FCE)



Als Diskussionsforum zum Europäischen Verfassungsrecht und zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa, in dem Wissenschaftler, Politiker, Richter und hohe Beamte als Referenten zu Wort kommen, ist das FCE zu einer Institution im Zentrum Berlins geworden. Die Vortragsreihe gehört seit Mitte 1998 zu den Hauptaktivitäten des Instituts. Seit 1999 wird sie freundlicherweise durch die Robert Bosch Stiftung (RBSG) gefördert, seit April 2003 ist das FCE ein gemeinsames Projekt von WHI und RBSG. Das breit gefächerte Spektrum der Vorträge eröffnet fruchtbare und an der aktuellen Entwicklung ausgerichtete Perspektiven und vermittelt Anregungen für Studierende, Politiker und Wissenschaft. Die Vorträge werden unmittelbar nach dem Vortragstermin im Volltext auf den Internet-Seiten des WHI veröffentlicht.

Die einzelnen Vorträge des FCE stehen für jeweils zwei Semester unter einem Rahmenthema. Es lautete für die Veranstaltungen Jahr 2011: „**EU als Solidargemeinschaft. Transformation durch Krise?**“.

Die wissenschaftliche Betreuung des FCE verantwortet Rüdiger Schwarz. Unterstützt wurde er im Jahr 2011 von Georgi Batoev. Durch ihre tatkräftige Mithilfe hat auch Frau Gabriele Müller für ein Gelingen der Vortragsreihe gesorgt.

Im FCE sprachen im Jahre 2011 unter den oben genannten Rahmenthemen:

FCE 1/11

Prof. Dr. **Christian Calliess**, Freie Universität Berlin

Vortragstitel:

Das europäische Solidaritätsprinzip und die Krise des Euro – Von der Rechtsgemeinschaft zur Solidaritätsgemeinschaft?

In seinem Vortrag wies Prof. Calliess auf das in den Europäischen Verträgen verankerte Solidaritätsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen ihnen und der Europäischen Union hin:

"Im Ergebnis ist Solidarität also ein systemtragendes Leitprinzip des Staaten- und Verfassungsverbunds der EU, das in unterschiedlicher Weise mit dem Recht verknüpft ist."

Die in Bezug auf europäische und nationale Finanzbeihilfen zur Bewältigung der Finanzkrise restriktiven rechtlichen Grenzen, hier vor allem die No-Bail-Out-Klausel gem. Art. 125 AEUV, interpretiert er im Lichte dieser solidarischen Perspektive neu:

"Diesen [Solidaritätsprinzipien] kommt neben einem rechtskonstruktiven Moment der Ordnung und Systematisierung des europäischen Verfassungsrechts in seiner anwendungsorientierten Dimension auch die Funktion zu, die Auslegung von Vertragsbestimmungen zu steuern, einschlägige Argumentationsmuster zu durchleuchten und neue Verständnisse zu entwickeln."

Daraus schlussfolgert er:

„Wenn man also mit Blick auf die Einschätzungsprärogative und den Prognosespielraum der Politik die bilateralen Hilfen an Griechenland und das Aufspannen des Rettungsschirms als den einzigen Weg zur Rettung des Euro und der damit einhergehenden Rettung der EU insgesamt begreift, so vermag das allgemeine Solidaritätsprinzip insoweit eine rechtliche Legitimation dieser Hilfen zu vermitteln. Denn aus dieser Perspektive ging es dann nicht mehr um eine Solidarität mit einzelnen hilfsbedürftigen Staaten, sondern um eine Solidarität mit der EU.“

FCE 2/11

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister

Vortragstitel: **Reform der europäischen Finanzregeln – für eine bessere Verfassung Europas**

Schäuble gab mit seiner Rede einen Ausblick auf die kommenden europapolitischen Vorhaben der Bundesregierung im Hinblick auf die Griechenlandkrise sowie auf Möglichkeiten zur Schaffung einer stärkeren europäischen Finanzaufsicht. Grundlegend stellte er fest:

„...wir brauchen, wie immer wir es betrachten, ein politisch wie wirtschaftlich geeintes Europa in den kommenden Jahrzehnten der Globalisierung so notwendig wie in den zurückliegenden Jahrzehnten.“



v.l.n.r.: Prof. Pernice, Bundesfinanzminister Dr. Schäuble, Herr Haenel (Robert-Bosch-Stiftung)

Verpflichtung beschränken, den Mitgliedsländern, die in Problemen sind, Beistand zu leisten, sondern Solidarität erfordert genauso die Bereitschaft, die Ursachen der Probleme zu beseitigen. Solidarität ist niemals eine Einbahnstrasse.“

Konkret forderte er zudem stärkere rechtsverbindliche Verpflichtungen der Euro-Staaten in Bezug auf eine solide Finanz- und Haushaltspolitik:

"Aber, mit dieser Vorbemerkung sage ich, kurzfristig geht es darum, dass die bestehenden institutionellen Arrangements der Europäischen Währungsunion in der Lage sind, die Eurozonen-Mitglieder zu einer Finanz- und Haushaltspolitik zu verpflichten, die der Verantwortung für die gemeinsame Währung Rechnung trägt.“

Ebenso wie Prof. Callies betonte auch er im Hinblick auf die Griechenlandkrise das Prinzip der gegenseitigen Solidarität in Europa, die nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet:

"Wenn ich noch einmal auf das grundlegende Konstruktionsprinzip der europäischen Einigung Bezug nehme, dann haben die jüngsten Ereignisse gezeigt, dass eine gemeinsame Währung nicht ohne Solidarität der Mitglieder auskommt, Solidarität, die an klare Regeln gebunden sein muss. Dabei kann sich Solidarität nicht auf die

FCE 3/11

Sylvie Goulard, MdEP, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments

Vortragstitel: **Mehr als eine Finanzkrise. Eine Perspektive aus dem Europäischen Parlament**

Frau Goulard sprach sich in ihrem Beitrag ebenfalls für eine stärkere Integration mit mehr Verbindlichkeiten für die Mitgliedstaaten aus. Sie stellte zunächst fest:

"In den letzten 30 Jahren hat der Rat zu oft Subsidiarität und „offene Koordinierung“ bevorzugt. Die Ergebnisse sind sehr enttäuschend, die zentrifugalen Kräfte stärker als je zuvor."

"Wer handelt, darf nicht gleichzeitig kontrollieren, so die Gewaltenteilung. Darin besteht die Achillesferse der Koordinierung und aller vorhandenen Vorschläge." "Dass der europäische Rat bzw. die Eurogruppe ohne parlamentarische Kontrolle auf europäischer Ebene, ohne grenzüberschreitende öffentliche Debatte die wichtigsten Entscheidungen der Wirtschafts- (und Sozialpolitik) bestimmt, entspricht nicht den Erwartungen unserer Zeit. Es erinnert an einen Spruch des Ancien Régime: „ci veut le Roy, ci veut la loi“ ! [„so der König, so das Gesetz“]."

Konsequent sprach sie sich dann sogar für eine teilweise politische Neuordnung Europas durch eine massive Stärkung des Demokratieprinzips aus:

"Warum könnte die politische Ordnung nicht andere Formen annehmen, als die Staaten und Nationen die wir bis jetzt kennen?"

"Die notwendige Reform wird viel einfacher, wenn wir vom richtigen Ausgangspunkt ausgehen und zwar: innerhalb der Eurozone ist unsere Souveränität schon geteilt. Die demokratische Legitimation, die das BVG zu Recht einfordert, muss nicht nur auf nationaler Ebene stattfinden, sondern auch auf europäischer verankert werden. Der „lange Weg nach Westen“ der Deutschen (so Winkler) darf nicht in Karlsruhe enden. Er kann Deutschland hingegen eine Vorreiterrolle geben und zwar in der Gründung einer politischen Einheit in Europa... Mir fällt keinen besseren Namen dafür ein als die Vereinigten Staaten von Europa... Dieser Namen würde mindestens klarmachen, dass unsere Staaten und also unsere Kulturen, Sprachen, Identitäten fortbestehen. Aber eine föderale Union wird jetzt gebraucht – ohne wenn und aber, um neben den USA, China, Indien, Brasilien Einfluss ausüben. Der „Alleinvertretungsanspruch“ des Rates und der sogenannten nationalen Eliten entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Integration."

Auch ihr Ziel ist langfristig die politische Einigung Europas:

"Die Gründerväter der EG hatten eine politische Union in Sicht. Die Gründerväter des Euro hatten eine politische Union in Sicht. Die Krise hat gezeigt, wie unsere Position in der Welt zerbrechlich ist. Vielleicht ist es jetzt die schwierige – aber spannende - Aufgabe unserer Generation, diese politische Union zustande zu bringen."

FCE 4/11

Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Energie

Vortragstitel: **It's the energy, stupid! – Energiepolitik als nächstes europäisches Integrationsprojekt**

Günther Oettinger schreibt konkret der Energiepolitik die Fähigkeit zu, die Mitgliedstaaten und Bürger der Europäischen Union wieder für die europäische Idee zu begeistern. Die Energiepolitik sei der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand und damit auch zu mehr Zustimmung zum Europäischen Projekt:

„Beim Europäischen Rat vor zehn Tagen waren sich alle Staats- und Regierungschefs einig: Das Schiff Europa muss Kurs auf eine Europäisierung der Energiepolitik nehmen. Nur mit einem gemeinsamen Ansatz können wir sichere, bezahlbare und nachhaltigen Energie gewährleisten und den Umbau zu einer effizienten, kohlenstoffarmen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft bewerkstelligen.“

„Die Energiepolitik ist das Projekt, wo wir die Bürger wieder an Bord bekommen können. Denn der Bürger erkennt den Mehrwert Europas, wenn er den konkreten Nutzen spürt, d.h. wenn eine europäische Energiepolitik verhindert, dass Verbraucher und Unternehmen eine zunehmende Last durch steigende Energiepreise tragen müssen.“

Gerade im Bereich der Energiepolitik sei das Sprechen Europas mit einer Stimme von entscheidender Bedeutung:

„Auch hier haben die Mitgliedsstaaten eingesehen: Die Versorgungssicherheit jedes einzelnen Mitgliedstaates nimmt zu, wenn die EU lernt, mit einer Stimme zu sprechen und ihr gesamtes Potenzial auszuschöpfen. Das bedeutet konkret, dass die Kommission mit klarem Mandat den Rahmen für strategische Infrastrukturprojekte setzt“

Gelingt das, könne die gemeinsame EU-Politik auch über die Grenzen der EU hinaus Europa einander näher bringen:

„Meine These ist, dass das Europa der Energie weiter ist als die EU. Es bezieht ein:

- Die Partner im Osten, wie Russland und die Ukraine;*
- Die Schweiz und Norwegen;*
- aber auch die Länder Nordafrikas.*

Ich bin überzeugt, dass Energie das Modell-Projekt für eine partnerschaftliche Kooperation zwischen Afrika und Europa werden kann und muss.“

FCE 5/11

Dr. Eric Schmidt, Chairman of the Board and Chief Executive Officer Google Inc.

Vortragstitel: **Google in Europe: Innovations for a digital future**

Über die wachsende Bedeutung des Internets für Individuen und Gesellschaft sprach Dr. Eric Schmidt bei einem Vortrag, in dem er auch die Gründung des Instituts für Internet und Gesellschaft und dessen Förderung durch Google ankündigte. Das Internet sei die entscheidende Zäsur der vergangenen 100 Jahre:

"So, the underlying point of all of this – and I'll finish this up by making some observations is that this is the greatest disruption that we've seen in perhaps 100 years. It's on the level of, for example, the invention of electricity. That's how powerful this is. And it's changing pretty much everything."



Durch das Internet könne Transparenz gesteigert werden, dies sei der entscheidende Faktor für eine aktive demokratische Bürgergesellschaft:

„What's interesting about transparency, and Europeans understand this particularly well, is that the European Union has made millions of documents available to the public through something called the Open Data Network. And again, you can now search and try to understand what they're up to. And if you don't like it, you can criticize them and furthermore, you can see if they tend to respond to your criticism or not, right? But transparency gives you that power as a citizen. It's very fundamental to how democracy, at least in our view, works.“

Und überhaupt könnten Informationstechnologien neue Lösungsansätze für bekannte Probleme liefern:

" Well, to some degree, I have the optimism of a computer scientist because I believe that information can help solve a lot of problems and computer science is really about that. I think computer science can help with global warming and terrorism and financial transparency because these are information problems."

Der virtuelle Raum werfe aber auch mannigfaltige rechtliche Forschungsfragen im Hinblick auf die Organisation der Gesellschaft und des Individuums auf:

"So, when we have these debates, the debates about privacy, the debates of security, the debates of my identity, who has rights: Understand that these are debates that are really about how society wants to approach this completely new technology. What norms, what roles, who has the power, who has the transparency, who gets to decide? And these are all part of how society will organize it and we'll obviously participate as best as we can."

FCE 6/11

Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen

Vortragstitel: **Europa, Moment der Wahrheit**

Einen interessanten Beitrag zur künftigen Gestaltung Europas lieferte Michel Barnier. Europa ist für ihn eine notwendige Voraussetzung für die aktive Mitgestaltung der Globalisierung durch seine Mitgliedstaaten:



"Allein eine einzige Frage sollte daher die politisch Verantwortlichen in Europa bewegen und motivieren: Werden 2050, wenn unsere Kinder im Leben stehen, in Europa noch wichtige Dinge geschehen und entschieden? Ist Europa dann noch ein globaler Akteur, der seine Werte, Ideen und Interessen verteidigen und ihnen Geltung verschaffen kann? [...] Heute ist das Ziel nicht mehr, Krieg zwischen unseren Ländern zu vermeiden, sondern uns gemeinsam die Möglichkeit zu bewahren, als Gemeinschaft auf das weltpolitische Geschehen einzuwirken und, ungeachtet unserer Unterschiede, den uns einenden Werten weltweit Geltung zu verschaffen. [...] Ich bin davon überzeugt, dass Churchill, De Gaulle und Adenauer – die ich sehr bewundere, weil sie überzeugte Patrioten und gleichzeitig Pragmatiker und Realisten waren – heute den Standpunkt vertreten würden, dass die Verteidigung nationaler Interessen nicht mehr allein auf nationaler Ebene möglich sei. Sie würden sagen, dass die Union der Europäer nicht nur eine Option, sondern eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn Europa Einfluss ausüben, sich schützen und respektiert werden will."

Für den Erfolg des europäischen Projekts sei die Nähe zu den Bürgern entscheidend, die zuweilen aus dem Blick geraten sei:

"Seit 60 Jahren wird Europa nun für die Bürger und in ihrem Namen aufgebaut, aber dies geschieht meistens ohne sie. Es hat sich Unbehagen breit gemacht, und ganz allmählich ist ein Graben zwischen Europa und seinen Bürgern entstanden."

Angesichts des demografischen Wandels müsse die EU an Stärke im Bereich der Einwanderungspolitik, der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Sozialpolitik gewinnen, ohne aber dabei die Mitgliedstaaten als eigenständige Akteure aufzugeben:

"Wir brauchen die Nationen, um die Bürger mit dem europäischen Projekt zu versöhnen. Wir brauchen die Nationen um den Nationalismus zu bekämpfen. Und gleichzeitig brauchen wir Europa, um die Globalisierung zu bewältigen, ihr ein menschliches Antlitz zu verleihen, kurz: sie zu meistern."

FCE 7/11

Jan Kees de Jager, Minister der Finanzen des Königreichs der Niederlande

Vortragstitel: **Structural conditions for a viable EMU**

Jan Kees de Jager sprach er sich für eine differenziertere Betrachtung zur Lösung der Finanzkrise jenseits der Vorschläge zur Schaffung einer politischen Union aus:

"So I oppose the simplistic conclusion that a political union is the only option. I prefer to paint with a more subtle palette, to show the problems in more depth. [...] We cherish our cultural and structural differences, and place limits on the uniformity of our economic and social institutions. That's what makes Europe what it is. So let's drop the word optimal in favour of viable. We don't need an optimal currency area, nor are we trying to build one. We should strive for lastingly viable minimum conditions, while recognising that the original conditions for EMU were too limited, and that our commitment, even to those conditions, has proven insufficient."

Demnach bedürfe es einer engeren Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Finanzpolitik. Vor allem durch Maßnahmen in diesem Bereich könne Vertrauen zurückgewonnen werden, dies sei der Schlüssel zur Stabilisierung der Eurozone:

"We wrongly believed that the convergence criteria sufficed as a means of testing the lasting presence of structural conditions necessary to successfully participate in the euro. And we were naive to believe that agreements considered to be binding, would in fact be kept over the whole cycle, and even under exceptional circumstances."

"Every day we implicitly ask our citizens for this investment of trust. So, restoring confidence is the ultimate challenge facing the euro. Confidence that all EMU countries strictly hold themselves and one another to account. Confidence that national estimates of growth, budget deficits and inflation are reliable. [...] Restoring confidence is the only way to keep the euro intact."

Schließlich komme der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Bedeutung zu:

"Finally, and over the longer term, we must radically address the issue of competitiveness across the euro area. It is key that all countries conform to the best practice and ensure that their levels of competitiveness converge on the standards of the best performing countries. This is what I mean when I say that we need to achieve convergence in the eurozone. This is a conditio sine qua non. Without it, the euro area is doomed to fail."



FCE 8/11

Karel de Gucht, EU-Kommissar für Handel

Vortragstitel: **A closer and stronger European Union – Lessons since Lisbon and the crisis**

De Gucht sprach sich für eine massive Ausweitung der Gemeinschaftsmethode aus, um den Herausforderungen der Globalisierung angemessen begegnen zu können. Insbesondere die gegenwärtige Finanzkrise zeige, dass diese Methode auch uneingeschränkt im Bereich der Währungsunion zum Tragen kommen müsse:

"The truth is that a monetary union calls for a set of rules and governance that is of a much higher integrative nature than what is needed for a well-functioning single market."

Der Vertrag von Lissabon habe die Gemeinschaftsmethode bereits auf andere Bereiche wie z.B. den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und in Ansätzen auch der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausgeweitet und der EU damit zu mehr Handlungsfähigkeit verholfen. Die weiterhin nicht konsequente Anwendung der Gemeinschaftsmethode in den Bereichen, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfordern, in denen diese aber weitestgehend intergouvernemental geführt werde, führe zur einer verminderten Handlungsfähigkeit und erschwere die Lösungsfindung, was besonders in der gegenwärtigen Finanzkrise deutlich wurde. Diese negativen Effekte würden dann aber der Supranationalisierung der Entscheidungsprozesse im Generellen zugeschrieben und schüfen Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern:

"It makes people uncertain as well as frustrated, which makes them hark back to the old, national, reference framework that they better understand and control more directly."

Die Lösung liege daher in einer weiteren Verstärkung der Integration in Form der Anwendung der Gemeinschaftsmethode zur Stärkung der Handlungsfähigkeit anstelle des Rückfalls in nationale Entscheidungsmonopole:

"However, for many of our most pressing problems, especially economic stability and growth, and in order to keep on playing a role of significance in world affairs, there is no real alternative to 'more Europe' directed by the Community method."

FCE 9/11

Prof. Dr. **Christoph Ohler**, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vortragstitel: **Die Bewältigung der Schuldenkrise in Europa**

Die Lösung zur Überwindung der Finanzkrise sah Christoph Ohler vor allem in der konsequenten Rückführung der Schuldenlast in Europa, nur so könne langfristig politische Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden. Demnach sei primär nicht etwa eine umfassende Erweiterung der Vergemeinschaftung, sondern vielmehr ein Umdenken bzgl. der eigenen Leistungsfähigkeit notwendig:

"Die Analyse der strukturellen Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion lässt zudem nicht den Schluss zu, dass die Krise auf einem Mangel an Harmonisierung in sozialen und steuerlichen Fragen beruht."

Die Krise wurde dadurch verursacht, dass in den Mitgliedstaaten und in den europäischen Organen das Gefühl unterentwickelt war, wie weit die finanzielle Fähigkeit reicht, um solche Politiken zu betreiben."

Entscheidender Ansatzpunkt sei nicht bloß, die jährliche Neuverschuldung zu bremsen, sondern vor allem bestehende Schuldenlasten auszubauen. Dies sei das entscheidende Versäumnis der letzten Jahrzehnte gewesen:

„In der Praxis wurde zum Beispiel zu wenig beachtet, dass Staaten ihre Gesamtschuld nicht abtragen, sondern in die Zukunft weiter wälzen. Selbstverständlich bezahlen die Staaten am Ende der Laufzeit einer Anleihe den Kapitalbetrag an den Gläubiger zurück. Die dafür nötigen Mittel stammen aber nicht aus Steuereinnahmen, sondern aus der Begebung neuer Anleihen. Diese Revolverung der Staatsschuld gehört zu den wenig beachteten Grundlagen staatlicher Schuldenpolitik."

Daher fordert er vor allem im Rahmen der Finanzpolitik eine stärkere europäische Aufsicht:

"Das Verbot übermäßiger Verschuldung in Art. 126 AEUV muss daher künftig stärker als Regel behandelt werden, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Nachhaltigkeit und auf die konkrete Schuldendienstfähigkeit bezieht. Schuldenstand und strukturelle Neuverschuldung müssen wesentlich rigider in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit erkannt werden."

„Mein Vorschlag ist daher, in der letzten Stufe des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit die Kreditfinanzierung des Haushaltsdefizits einem Genehmigungsvorbehalt zu unterwerfen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Mitgliedstaat ein glaubwürdiges Sanierungsprogramm vorlegt. Eine damit zusammenhängende Frage ist, ob solchen Mitgliedstaaten im Gegenzug die Möglichkeit eröffnet werden soll, aus dem Währungsverband auszutreten. Die Mitgliedstaaten stünden damit vor der Alternative, sich entweder dem Sanierungsprogramm zu unterwerfen oder den gemeinsamen Währungsraum zu verlassen."

5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)



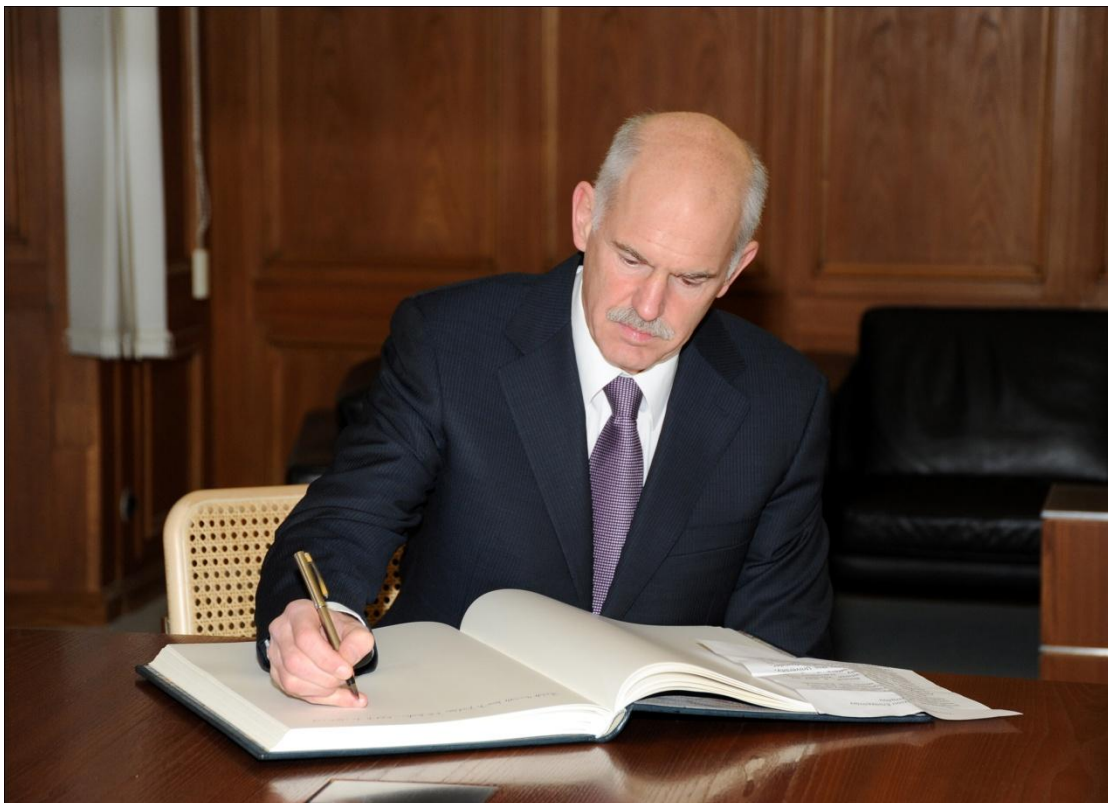
Am 12. Mai 2000 hatte Bundesaußenminister Joschka Fischer an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten, in der er seine Gedanken über eine „Europäische Föderation“ entwickelte. Infolge der großen Resonanz auf diese Rede entstand die Idee, die Humboldt-Universität zu Berlin in besonderer Weise als Ort der perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grundfragen der Europäischen Integration auszuweisen.

Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin, hier das Walter Hallstein-Institut, haben daher die Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zu einem lebendigen öffentlichen Diskurs über die weiteren Perspektiven der Europäischen Union beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen ehemalige oder amtierende Staats- und Regierungschefs oder Präsidenten europäischer oder internationaler Institutionen über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas.

Im Jahre 2011 fanden folgenden Veranstaltungen statt:

Am 21. Februar sprach der damalige griechische Premierminister **George A. Papandreou** zum Thema „**Adressing the Financial Crisis – An Opportunity for Europe**“.

In seiner Rede verwies Papandreou als amtierender Ministerpräsident auf die vielen grundlegenden Reformen die seine Regierung bisher in die Wege geleitet habe, aber vor allem auch noch einleiten müsse, um das Land einerseits zurück in eine wirtschaftliche Stabilität zu führen und andererseits auch krisensicher für die Zukunft gestalten zu können. Dabei solle die Demokratie in Griechenland vor allem transparenter und eine Privilegierung weniger damit nicht mehr möglich werden.



„But we are also doing major reforms, tax reforms, revamping our pension system now to the age of 65, reforms in transparency by bringing all our funding in the public sector online. Today everything is online. We are in the age of transparency. And this is helping in fighting corruption, corruption in many areas, unluckily, even in the health sector, and we are fighting very hard to make our society a transparent one.“

Neben der Korruptionsbekämpfung und den Sparmaßnahmen wolle er aber auch die griechische Wirtschaft wieder konkurrenzfähig machen. Großen Wert legte er dabei auf die Förderung grüner Technologien, gerade in diesem Bereich könne Griechenland seiner Ansicht nach von der Bundesrepublik Deutschland lernen.

In diesem Zusammenhang kam er auf die Veränderungen in der gesamten Weltwirtschaft zu sprechen. Gerade mit Blick auf das starke Wachstum in Asien und weiteren Schwellenländern, könne Europa nur als Ganzes dem entgegentreten und müsse dabei auf Qualität setzen, damit es nicht an wirtschaftlicher Bedeutung einbüße. Europa sollte dabei auch als Vorbild für eine globalisierte Wirtschaft dienen:

„If we were a peace project after World War II, today we can and must become a model for a globalised economy. The challenge we have at a global scale is to do what Europe has done in its own neighbourhood: integrate countries and societies into a wider economy, based on the norms of democracy, of the rule of law, of human rights, of equality and social cohesion, of sustainable green development.

This is what I would call humanising globalisation.“

Am 19. September folgte eine Veranstaltung mit dem Präsidenten der Türkei **Abdullah Gül** zum Thema: **„Die Türkisch-Deutschen Beziehungen vom Deutschen Bund zur Europäischen Union?“**.

S.E. Abdullah Gül ging zu Beginn seiner Rede vor allem auf die engen deutsch-türkischen Beziehungen ein, die in vielen Bereichen bereits vor dem ersten Weltkrieg bestanden hätten und auch immer noch bestünden. Aus seiner Sicht sind der Ansatz und das Ziel, die bereits die Gründung des Deutschen Bundes begleitet hätten, auch in der europäischen Integration zu finden:

„Der „funktionale Ansatz“ der europäischen Integration ist im Grunde genommen die Umsetzung der Strategie auf regionaler Ebene, die bei der „Deutschen Einigung“ verfolgt wurde. Dieser Ansatz sah vor, dass Konflikte durch gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit beigelegt und die im wirtschaftlichen Bereich eingeleitete Integration auch auf die politische Zusammenarbeit ausgedehnt wurden.“

Des Weiteren appellierte er an die Führungsrolle, die Europa in der heutigen Zeit einnehmen müsse, wobei vor allem Deutschland und die Türkei aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke eine bedeutende Position einnehmen sollten:

„Die Türkei und Deutschland sind zwei Länder, die die Rolle des europäischen Kontinents auf globaler Ebene sowohl in strategischen als auch in wirtschaftlichen Fragen stärken können.“

Daher warb S.E. Gül für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Dabei betonte er vor allem das ungebrochene wirtschaftliche Wachstum der Türkei und ihre Vorbildfunktion für den von Umwälzungen geprägten Nahen Osten. Er forderte zumindest eine vorurteilsfreie Debatte in der europäischen Öffentlichkeit darüber:

„Denn der EU-Beitritt der Türkei wird innerhalb und außerhalb unseres Kontinents historische Auswirkungen mit sich bringen. Der EU-Beitritt der Türkei ist grundsätzlich unmittelbar mit den Zukunftsplänen der EU verbunden. Daher bin ich der Ansicht, dass es vorteilhaft ist, dass in der EU-Öffentlichkeit über dieses Thema ausgiebig diskutiert wird. Diese Diskussion sollte jedoch auf einer intellektuellen Ebene und vorurteilsfrei geführt werden.“

Den Abschluss der Redenreihe des Jahres 2011 bildete die Rede des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank, **Jean-Claude Trichet**, im Rahmen seiner Rede am 24. Oktober mit dem Titel: „**Tomorrow and the day after tomorrow – A vision for Europe**“.

In seiner Rede entwickelte Trichet eine tragfähige Entwicklungsperspektive für Europa. Dementsprechend stellte er drei Behauptungen auf. Die europäische Integration liege im Interesse aller Mitgliedsstaaten und von ihr hänge auch deren zukünftiger Wohlstand ab. Entscheidend seien dabei vor allem die gesetzlichen Grundlagen und die Institutionen und ggf. auch Vertragsänderungen. Letztlich müsse man heute beginnen, über das Europa von Morgen und Übermorgen nachzudenken, dafür sei die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit notwendig und unumgänglich.



„A true European public debate would help us deepen our interest in each other, bridge our linguistic differences and care more about what is happening across our borders.“

Des Weiteren ging er in seinem Vortrag auch auf die Rolle der Europäischen Zentralbank in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Er rechtfertigte dabei unter anderem den Anleihenkauf der EZB in der vergangenen Zeit:

„The ECB’s government bond market interventions are not inflationary. Unlike the bond purchase programmes of other major central banks our aim is not to inject additional liquidity. We actually absorb all liquidity injected by these purchases on a regular basis – euro for euro, week by week.... So let me emphasise this point. It is very important to understand that all the ECB’s policy decisions during the crisis have been made fully in line with our mandate to maintain price stability.“

Um die Krise zu bekämpfen bedürfe es jedoch auch Änderungen in der jetzigen Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Haushaltshoheit solle durchaus in den nationalen Staaten verbleiben, allerdings müsse eine Überwachung durch die Kommission möglich sein. In einem zweiten Schritt sollte es Instrumente geben, die, wenn ein Land die Probleme allein nicht lösen kann, auch ein stärkeres Eingreifen der Europäischen Union möglich mache.

„.... Under this second stage, euro area authorities would gain a much deeper and more authoritative role in the formulation of that country’s economic policies. This would move us away from the present concept where all decisions remain in the hands of the country concerned. Instead, it would be not only possible, but in some cases compulsory, for the European authorities to take direct decisions.“

Implementing this idea of the second stage would evidently require a Treaty change. It would also imply a new concept of sovereignty. This is necessary given the complex interdependence that exists between euro area countries. And it is ultimately in the interests of all citizens of the euro area.“

Abschließend wagte er noch einen Ausblick auf das Europa von Übermorgen, indem er die Schaffung eines Europäischen Finanzministeriums befürwortete.

„I asked the question: with a single market, a single currency and a single central bank, would it be too bold to envisage a ministry of finance of the Union?

This European finance ministry would, first, oversee the surveillance of both fiscal policies and competitiveness policies, and when necessary, have responsibility for imposing the “second stage” I just described. Second, the ministry would perform the typical responsibilities of the executive branches regarding the supervision and regulation of the EU financial sector. And third, the ministry would represent the Euro area in international financial institutions.“

Die Humboldt-Reden zu Europa sind auf der Webseite des WHI in Textform und als Audioformat zugänglich. Seit 2007 werden sie auch in Buchform von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice im Berliner Wissenschaftsverlag herausgegeben.



Dank der freundlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der Kooperationspartner, der Europäischen Kommission Vertretung in Deutschland und der Deutschen Post AG, kann die Redenreihe, die sehr erfolgreich von Gabriele Müller betreut wird, weiter fortgesetzt werden.

6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“



Das Berliner Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft?“ – „Multilevel Constitutionalism: European Experiences and Global Perspectives“ ist Fragen der Geltung des Rechts und einer Konstitutionalisierung auf globaler Ebene vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen gewidmet. Es wurde auf Antrag der Humboldt-Universität im April 2006 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Dauer von 4 ½ Jahren eingerichtet und 2010 um einen weiteren Zeitraum von 4 ½ Jahren bis 2015 ver-

längert. Sprecher des Kollegs ist Prof. Pernice, auf dessen Initiative das Projekt beruht. Trägerinnen und Träger des Graduiertenkollegs sind im Übrigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Humboldt-Universität, der Freien Universität zu Berlin sowie der Universität Konstanz. Im Jahr 2011 betreuten Dr. Ann-Katrin Kaufhold sowie Dr. Johanna Sprondel das Graduiertenkolleg als Koordinatorinnen.

Im Herbst 2009 löste die zweite Generation Promovierender die erste Generation ab. Den damals insgesamt 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten und vier assoziierten Doktorandinnen und Doktoranden aus der Rechts-, Politik- und Geschichtswissenschaft folgen momentan 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie 2 assoziierter Doktoranden. Für weitere assoziierte Kollegiaten aus dem In- oder Ausland stand das Kolleg auch 2011 offen. Außerdem wurde der wissenschaftliche Austausch durch kurzzeitige Gastkollegiatinnen und -kollegiaten bereichert.

Das Kolleg bietet Rahmen und Anleitung zur Forschung im engen Gespräch der Kollegiatinnen und Kollegiaten untereinander sowie mit hochqualifizierten und engagierten Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die vorwiegend rechtswissenschaftliche Ausrichtung wird durch die Einbindung von Historikern und Politikwissenschaftlern interdisziplinär flankiert.

Grundthema des Graduiertenkollegs sind die juristischen Konsequenzen aus der zunehmenden Verdichtung und Vernetzung der Beziehungen der Menschen infolge der Globalisierung und die Rolle des Rechts als Instrument für die Wahrung des Friedens zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten. Die Analyse der Entwicklung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft führte zu der Frage, ob und inwieweit das Konzept der Rechtsgemeinschaft global weitergedacht werden kann. Europa kann Modell, aber auch Kontrapunkt zur Entwicklung einer globalen Rechtsordnung sein. Die Rolle des Staates als zentraler Ordnungsfaktor erscheint auch in einem globalen Mehrebenensystem als unverzichtbar, sie ist im Lichte eines „multilevel constitutionalism“ oder anderer neuer theoretischer Ansätze aber auch Änderungen unterworfen. Um diese Thematik ranken sich die Forschungsthemen der aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählten Stipendiaten.

Grakov-Konferenzen

Im Jahr 2011 fand vom 10. und 11. November im Rahmen des Graduiertenkollegs eine Herbstkonferenz zum wissenschaftlichen Austausch der Doktorandinnen und Doktoranden und der Mitwirkenden des Kollegs zum Thema „Die Rolle internationaler Organisationen im Prozess der Konstitutionalisierung“ statt. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden demnächst in einem Tagungsband veröffentlicht.

Wissenschaftliches Begleitprogramm

Zu den Angeboten des Graduiertenkollegs gehört außerdem die Organisation eines anspruchsvollen wissenschaftlichen Begleitprogramms. Neben den regelmäßig stattfindenden Fortschrittsberichten und Literaturkreisen steht im Vordergrund eine Gastvortragsreihe, die regelmäßig in der WHI-Bibliothek stattfindet und Gästen jederzeit zur Teilnahme offen steht. Im Jahr 2011 traten in diesem Rahmen folgende Gäste auf:

12. Januar: **Dr. Wolfgang Zellner**, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: "Externe Demokratisierung in (semi-)autoritären Staaten zwischen normativem Anspruch und realpolitischen Zwängen"

19. Januar: **Prof. Dr. Marcus Llanque**, Universität Augsburg: "Verfassungen als Regelungen von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit"

26. Januar: **Dr. Felix Heidenreich**, Universität Stuttgart: "Derrida über Carl Schmitt: Die Frage der Souveränität"

09. Februar: **Prof. Dr. Stefan Gosepath**, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: "Gerechtigkeit – global, statt international"

19. April: **Prof. Dr. Christophe Hillion**, Universität Leiden: "The EU external action after Lisbon – a legal appraisal"

04. Mai: **Prof. Dr. Hans Vorländer**, Technische Universität Dresden: "Verfassungen als emergente Ordnungen. Wie sich transnationale Konstitutionalisierungsprozesse - auch - verstehen lassen"

18. Mai: **Dr. Christian Volk**, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: "Herrschaft und Widerstand in der globalen Politik"

24. Mai: **Michael Köhler**, Europäische Kommission - Kabinettschef von Kommissar Günther Oettinger: "Neue Kommission, neuer Vertrag: Europapolitik nach Lissabon"

15. Juni: **PD Dr. Michael Wohlgemuth**, Walter Eucken Institut, Freiburg: "Strategien flexibler Vertiefung und Erweiterung der EU - eine verfassungsökonomische Perspektive"

17. Juni: **Mokhtar Yahyaoui**, tunesischer Richter: Bericht über die Revolution in Tunesien

13. Juli: **Prof. Dr. Bruno de Witte**, European University Institute, Florenz: "European Union Law: How Autonomous is its Legal Order?"

12. Oktober: **Prof. Robert C. Post**, Dean and Sol & Lillian Goldman Professor of Law, Yale Law School: "Theorizing Disagreement: Reconceiving the Relationship between Law and Politics"

20. Oktober: **Dr. Hannes Krämer**, Europäische Kommission, Legal Service: "Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK – Sachstand und Rechtsfragen"

09. November: **Prof. Zhenming Zhai**, Direktor des SYSU Virtual World Research Center an der Sun Yat-sen Universität, China: "Ethical Issues and Regulative Challenges: From the Virtual World "

30. November: **Prof. Dr. Christoph Schönberger**, Universität Konstanz: "Der Bedeutungsverlust des Bundesverfassungsgerichts durch die Europäisierung"

07. Dezember: **Almut-Barbara Renger** und **Roland Ißler**, Freie Universität zu Berlin/Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn: "Die Europa, das Europa: Mythenrezeption in der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts"

Über Einzelheiten sowie bisherige und zukünftige Veranstaltungen des Graduiertenkollegs informiert die Webseite des Kollegs: www.grakov-berlin.eu.

7. Kooperationen mit EU-Institutionen



Das WHI steht in stetem engen Kontakt zu den verschiedenen europäischen Institutionen. Neben den Vortragsreihen HRE und FCE findet dieser Austausch vor allem in Form von ad-hoc-Veranstaltungen und Besuchen statt.

In diesem Jahr rief die französische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Sylvie Goulard zusammen mit dem WHI ein gemeinsames Forschungsprojekt zur Reform der Europäischen Verträge angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise ins

Leben. Konkret geht es dabei im Gegensatz zu den derzeitigen Reformbestrebungen der Mitgliedstaaten nicht nur um die Behebung der gegenwärtigen Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion im engeren Sinne durch die Schaffung verschärfter Kontrollmechanismen. Vielmehr soll der Europäische Verfassungsverbund in diesem Bereich auf ein breiteres demokratisches Fundament gestellt werden. Ansatz soll dabei u.a. die vertiefte Vernetzung der nationalen Parlamente auf europäischer Ebene im Sinne eines zu schaffenden europäischen Parlamentsverbunds sein, der den spezifischen Anforderungen nationaler Verfassungsgerichte an die demokratische Legitimation europäischen Regierens gerecht wird.

8. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Veröffentlichungen

Der Schutz nationaler Identität in der Europäischen Union, Archiv des öffentlichen Rechts [AöR] 136 (2011), S. 185-221.

Die Zukunft der Unionsgerichtsbarkeit. Zu den Bedingungen einer nachhaltigen Sicherung effektiven Rechtsschutzes im Europäischen Verfassungsverbund, Europarecht [EuR] 2011, S. 151-168.

„Währungsunion – Zuerst kommt die europäische Disziplin“, erschienen im Handelsblatt v. 18.08.2011, zugleich erschienen als WHI-Paper 04.2011, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/whi-papers.html.

Motor or Brake for European Policies? Germany's New Role in the EU after the Lisbon Judgment of Its Federal Constitutional Court, in: José María Beneyto/Ingolf Pernice: Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law of National Constitutional Courts. Lisbon and Beyond, Baden-Baden: Nomos 2011, zugleich erschienen als WHI-Paper 03/11, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/whi-papers.html.

Verfassungsverbund, in: Claudio Franzius/Franz Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.): Strukturfragen der Europäischen Union. Recht und Politik für das Europäische Gemeinwesen, Recht und Politik in der Europäischen Union Band 1, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 102-118.

Herausgeberschaft (zusammen mit Lars. S. Otto): Europa vermitteln im Diskurs. Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae - Band 11, Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht - Band 34, Baden-Baden: Nomos.

Does Europe need a Constitution? Achievements and Challenges after Lisbon, in: A. Arnulf/C. Barnard/M. Dougan/E. Spaventa (Hrsg.): A Constitutional Order of

States? Essays in EU Law in Honour of Alan Dashwood", Oxford: Hart 2011, S. 75-98.

Europäisches Verwaltungsrecht in der Konsolidierungsphase. Besprechung von: Peter Axer, Bernd Grzeszick, Wolfgang Kahl, Ute Mager und Ekkehart Reimer (Hrsg.), Das Europäische Verwaltungsrecht in der Konsolidierungsphase. Systembildung – Disziplinierung – Internationalisierung, Die Verwaltung Beiheft 10, Duncker & Humblot Berlin 2010, in: Die Verwaltung 2012.

Vorträge

31. August: Laudatio zu Ehren Joseph H.H.Weiler anlässlich seines 60. Geburtstags auf dem Heidelberger Symposium, Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg.

16. August: „European Integration – Achievements and Prospects“ beim Konferenzprogramm „International Futures“ der Akademie des Auswärtigen Dienstes für die Internationale Diplomatenausbildung, Berlin.

8. Juni: Kurzvortrag zum Thema „Deutschland und der Euro-Stabilitäts-Mechanismus“, Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V., Beirat für Finanzen, Steuern, Geld und Kredit, Berlin.

28. April: Vorlesung/Seminar zum Thema: „The Treaty of Lisbon and National Constitutional Courts. Democracy, Sovereignty and Multilevel Constitutionalism“, Stellenbosch University, Kapstadt, Südafrika.

14. April: „The European Union under new Treaties: Economic Partnership Agreements, Trade and EU Interests in Southern Africa“ Public Lecture im Rahmen der Namibia WTO Lecture Series, Universität Namibia, Windhoek, Südafrika.

21. Februar: Keynote Speech zum Thema „Constitutional Issues of the EU Measures for Financial Markets Stability“ im Rahmen des „Conference Programme: Europe’s Post-Crisis Stability – An Interdisciplinary Approach“, Arbeitskreis Europäische Integration e.V., Berlin.

1. Februar: „Europäisches Verfassungsrecht und die Rettung des Euro“, Beitrag zur Ringvorlesung „Europa und europäische Integration“ am Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

Interviews

13. Juli: „Wenn der Bundestag hörig ist und zu allem klatscht“, Interview für euractiv.de.

10. Januar: „Mediengesetz gefährdet Ungarns Autorität“, Interview für euractiv.de.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen

2. Dezember: Fachgespräch mit Mitgliedern des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, Berlin.

29. November: „German Basic Law testified as „Europe friendly““, Gespräch im Rahmen des „Information visit for international journalists at the invitation of the Federal Foreign Office“, Berlin.

29. November: Moderation der Veranstaltung „Die Internetregulierung im digitalen Zeitalter. Eine deutsch-französische Debatte über die Freiheit im Netz und ihre Grenzen“, Veranstaltungsreihe „Deutsch-französische Gespräche zur öffentlichen Politik, Berlin.

14. November: Teilnahme am Panel mit Einführung über „Fortentwicklung des europäischen Grundrechtsschutzes für Bürger und Unternehmen“ im Rahmen der Konferenz „Die freiheitliche Grundordnung der Europäischen Union“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Berlin.

7. Oktober: Kurzstatement und Podiumsdiskussion zum Thema „Innerstaatliche Vetospieler in der deutschen Europapolitik: Bundesverfassungsgericht und Bundestag“, Jahrestagung des IEP zum Thema „Deutschland in der Europäischen Union: Führungsmacht oder Vetospieler?“, Berlin.

17. September: Begrüßung, Moderation und Teilnahme an der Paneldiskussion Veranstaltung „Apple, Google, Facebook, Staat. Verantwortung für die Sicherheit des Internets“ des WHI und des Instituts für Internet und Gesellschaft, Berlin.

14. März: Anhörung und Stellungnahme als Sachverständiger zur federführenden Beratung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags zu den sog. Rehn-Vorschlägen, EU-Ratsdokumente 14496/10, 14497/10, 14498/10 und 14520/10, Berlin.

Beratertätigkeiten

Dezember 2011, Jan. 2012: Gutachten für die Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament: Erklärung der Regierungen der Euro-Länder vom 9. Dezember 2011 und Entwurf des International Agreement zum Fiskalpakt (www.whi-berlin.eu/EU-Reform_2012.html).

Seit Oktober 2011: Kooperation mit Sylvie Goulard, MEP, für ein Forschungsprojekt zur Stärkung der demokratischen Legitimation in der EU im Rahmen der Reformbestrebungen angesichts der Finanzkrise

Seit September 2011: Ergänzung eines Gutachtens für die Hans-Böckler-Stiftung (2009) um die neuen Aspekte der verfassungsrechtlichen Grenzen der europäischen Integration nach der Rechtsprechung des BVerfG zum Euro-Rettungsschirm.

Frühjahr bis Oktober 2011: Hintergrundberatung der Europäischen Zentralbank im Verfahren zu BVerfG 2 BvR 987/10 Euro-Rettungsschirm.

Prof. Dr. Michael Kloepfer

Veröffentlichungen

Verfassungsrecht, Band 1, Grundlagen – Staatsorganisationsrecht – Bezüge zum Völker- und Europarecht, München: Beck 2011.

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale)

Veröffentlichungen

Die Europarechtsfreundlichkeit des BVerfG nach dem Honeywell-Beschluss (mit Maja Walter), Juristische Ausbildung [JURA] 2011, S. 532-542.

Grundrechtsvielfalt und Grundrechtskonflikte im europäischen Mehrebenensystem – am Beispiel der Meinungsfreiheit, des Datenschutzes, des Rechtsschutzes gegen den Richter und bei Auslegungskonkurrenzen (Kommentar), Europäische Grundrechte Zeitschrift [EuGRZ] 2011, S. 234-236.

Europarechtliche Aspekte einer Finanztransaktionssteuer (mit Christian Heidfeld), Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 2011, S. 373-378.

Bearbeitung des Eintrags „European Union, Historical evolution“ (12 S. Ms.) (mit Imke Stanik) in: Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Max Planck Encyclopedia of Public International Law (EPIL), Oxford: Oxford University Press 2011 (Online Publikation).

Der Europarat und die Europäische Union, in: Stefan Kadelbach (Hrsg.): 60 Jahre Integration in Europa. Variable Geometrien und politische Verflechtung jenseits der EU, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 17-36.

Verfassungswandel durch Annäherung? – Der Europäische Gerichtshof, das Bundesverfassungsgericht und das Grundgesetz, in: Christoph Hönnige, Sascha Kneip und Astrid Lorenz (Hrsg.): Verfassungswandel im Mehrebenensystem, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (vormals Westdeutscher Verlag) 2011, S. 272-296.

Europäisches Verwaltungsrecht und nationales Verwaltungsrecht in: Jörg Philipp Terhechte (Hrsg.): Verwaltungsrecht in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 307-329.

Europäisches Internetverwaltungsrecht, in: Jörg Philipp Terhechte (Hrsg.): Verwaltungsrecht in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verlag 2011, S. 931-958.

Die Verpflichtung auf Netzneutralität im Europarecht. Europaverfassungsrechtliche Vorgaben und netzpolitische Handlungsdefizite, in: Michael Kloepfer (Hrsg.), Netzneutralität in der Informationsgesellschaft, Berlin: Duncker und Humblot 2011, S. 81-108.

L'identité constitutionnelle dans la jurisprudence constitutionnelle allemande, in: Laurence Burgorgue-Larsen (Hrsg.): L'identité constitutionnelle saisie par les juges en Europe, Paris: Pedone 2011, S. 63-84.

Buchbesprechung: Stern/Becker (Hrsg.): Grundrechte-Kommentar. Die Grundrechte des Grundgesetzes mit ihren europäischen Bezügen, Köln, Wolters Kluwer Carl Heymanns, 2010, Juristenzeitung [JZ] 2011, 144.

Diskussionsbeitrag, in: VVDStRL 70 (2011), S. 345 (Beratungsgegenstand: Eigenwert des Verfahrens im Verwaltungsrecht).

„Neuer Euro-Vertrag: Schwierig, aber nicht unmöglich“ (Namensartikel), Handelsblatt Nr. 245 v. 19. Dezember 2011, S. 10/11 (= „Das Recht in der Eurokrise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?“, abrufbar unter <http://verfassungsblog.de/das-recht-der-eurokrise-teil-der-lsung-oder-teil-des-problems/>).

Vorträge

27. Oktober: “Constitutionalism Theory and Legalization”, Kommentar im Rahmen des Workshops „Patterns of Legalization in the Internet: Do We Need a Constitutional Theory for Internet Law?“ auf dem 1st Berlin Symposium on Internet and Society des Alexander von Humboldt Institute for Internet and Society, Berlin.

26. Oktober: “Constitutionalism 2.0”, Kommentar im Rahmen des Workshops „Constitutions Going Online – Internet-Related Dynamics in Constitutional Law“ auf dem 1st Berlin Symposium on Internet and Society des Alexander von Humboldt Institute for Internet and Society, Berlin.

Interviews

„Les mécanismes d'aide aux pays de l'euro en difficulté remis en cause“, Interview für La Tribune v. 19. April 2011, S. 6.

„Warnung vor einer Staatskrise. Deutschlands Verfassungsrichter verlangen ein neues Wahlrecht“, Interview für die Neue Westfälische Nr. 129 v. 4./5. Juni 2011, S. 4.

Interview für den Beitrag „Strassburger Randbemerkung“ von Dietmar Hipp, DER SPIEGEL 24/2011 v. 11. Juni 2011 S. 30 f.

Interview für den Beitrag „Der Euro vor Gericht“ von Melanie Amann, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 26/2011 v. 1. Juli 2011 S. 36 f.

Interview für die Sendung: „Hintergrund Politik. Euro-Rettung vor Gericht“ von Annette Wilmes Deutschlandfunk, 4. Juli 2011.

Interview für die Sendung: „Zeitreisen: ‚Seine Entscheidung ist unanfechtbar‘ - 60 Jahre Bundesverfassungsgericht“ von Annette Wilmes, Deutschlandradio Kultur, 28. September 2011.

Interview für die Sendung: „Hintergrund Politik. Baustelle Europa: Der Brüsseler Gipfel und die Folgen - Fiskalunion und Ratifizierung. Rechtliche Probleme in Deutschland und Europa“ von Maximilian Steinbeis, Deutschlandfunk, 9. Dezember 2011, abrufbar unter <http://verfassungsblog.de/die-rechtlichen-haken-der-fiskalunion/>.

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London)

Veröffentlichungen

Menschenrechtliche Feinjustierung des Dublin-Systems zur Asylzuständigkeitsabgrenzung. Zu den Folgewirkungen des Straßburger M.S.S.-Urteils, *Zeitschrift für Ausländerrecht [ZAR]* 2011, 368-378.

Holding Europe's CFSP/CSDP Executive to Account in the Age of the Lisbon Treaty, in: José María Beneyto (Hrsg.): *La Unión europea como actor global. Las nuevas dimensiones de la política exterior europea*, Biblioteca Nueva 2011, S. 21-48.

The Intergovernmental Constitution of the EU's Foreign, Security & Defence Executive, *European Constitutional Law Review* 7 (2011), S. 453-480.

Herausgeberschaft (zusammen mit Francis Snyder): *Europe – A Continent of Immigration? Legal Challenges in the Construction of European Migration Policy. Europe: Un continent d'immigration? Défis légaux juridiques dans la construction de la politique européenne de migration*, Bruylant, 2011.

Freizügigkeit in Europa als Modell? EU-Migrationspolitik zwischen Offenheit und Abschottung, *Europarecht [EuR]* 2011, S. 487-511.

Ruiz Zambrano – Die Entdeckung des Kernbereichs der Unionsbürgerschaft (zusammen mit Kay Hailbronner), *Neue Juristische Wochenschrift [NJW]* 2011, 2008-2013.

Euro-Rettungsschirm: zwischenstaatliche Rechtskonstruktion und verfassungsgerichtliche Kontrolle, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW]* 2011, S. 167–171.

Europäisches Wehrverwaltungsrecht, in: Jörg Philipp Terhechte (Hrsg.): *Verwaltungsrecht der Europäischen Union*, Baden-Baden: Nomos 2011, § 17.

From Ultra-Vires-Control to Constitutional-Identity-Review: The Lisbon Judgment of the German Constitutional Court, in: Ingolf Pernice/José María Beneyto (Hrsg.): *Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law of National Constitutional Courts. Lisbon and Beyond*, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 31-44.

Variable Geometrie in der Europäischen Union: Kontrollierte Binnendifferenzierung und Schutz vor unionsexterner Gefährdung, in: Stefan Kadelbach (Hrsg.): *60 Jahre Integration in Europa. Variable Geometrien und politische Verflechtung jenseits der EU*, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 117–135.

Introduction and Acknowledgments, in: Daniel Thym/Francis Snyder (Hrsg.): *Europe – A Continent of Immigration? Legal Challenges in the Construction of European Migration Policy. Europe: Un continent d'immigration? Défis légaux juridiques dans la construction de la politique européenne de migration* (zusammen mit Francis Snyder), Bruylant 2011, S. 1-12.

Kommentierung Art. 77, 78, 79, 90 AEUV (Grenzschutz, Einwanderung und Asyl) und Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel), in: Eberhard Grabitz/Meinhard Hilf/Martin Nettesheim (Hrsg.): *Das Recht der Europäischen Union*, München: C.H. Beck, Loseblatt, 42./43. EL 2010/11, 46. EL 2011..

Ein Bypass, kein Herzinfarkt, Verfassungsblog.de am 13. Dezember 2011.

Karlsruher Absage an Kollektivhaftung für Staatsschulden, Legal Tribune Online am 7. September 2011.

Urteilsanmerkung: Verfassungskonformität des Euro-Rettungsschirms (BVerfG, Urt. v. 7. 09. 2011, 2 BvR 987/10 u.a.), Juristenzeitung [JZ] 2011, S. 1011-1015.

Urteilsanmerkung: Court of Justice of the European Union: Case C-34/09, Gerardo Ruiz Zambrano v. Office national de l'emploi (ONEm), Judgment of 8 March 2011 (zusammen mit Kay Hailbronner), Common Market Law Review 48 (2011), S. 1253–1270.

Urteilsanmerkung: Anwendungsbereich der EU-Grundrechtscharta (EuGH, Urt. v. 5. 10. 2010, Rs. C-400/10 PPU, McB.), Juristenzeitung [JZ] 2011, S. 148–152.

Interviews

Interview zu den Auswirkungen der nordafrikanischen Flüchtlinge in Italien auf den Schengen-Raum, tagesschau.de v. 13. April 2011.

Interview zum Urteil des EuGH v. 8. März 2011, Rs. C-34/09, Ruiz Zambrano, Legal Tribune Online am 10. März 2011.

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

Veröffentlichungen

Herausgeberschaft (zusammen mit Marc Bungenberg und Jörn Griebel): International Investment Law and EU Law, Sonderheft zum European Yearbook of International Economic Law, Berlin Heidelberg: Springer 2011.

The EU's Common Investment Policy – Connecting the Dots – Origins, Trends, and Perspectives (zusammen mit Niklas Maydell), in: Marc Bungenberg, Jörn Griebel and Steffen Hindelang (Eds.): International Investment Law and EU Law, Special Issue to the European Yearbook of International Economic Law, Berlin Heidelberg: Springer 2011, S. 1-27.

Restitution and Compensation – Reconstructing the Relationship in International Investment Law, in: Rainer Hofmann / Christian Tams (Hrsg.): International Investment Law and General International Law: >From Clinical Isolation to Systemic Integration, Baden-Baden: Nomos 2011, S.161-199, auch veröffentlicht als WHI-Paper 02/11, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/tl_files/documents/whi-paper0211.pdf.

Der primärrechtliche Rahmen einer EU-Investitionsschutzpolitik: Zulässigkeit und Grenzen von Investor-Staat-Schiedsverfahren aufgrund künftiger EU Abkommen, in: Marc Bungenberg / Christoph Herrmann (Hrsg.): Die Gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union „nach Lissabon“, Baden-Baden; Nomos 2011, S.157-184, Nomos, auch veröffentlicht als WHI-Paper 01/11, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/tl_files/documents/whi-paper0111.pdf.

Member State BITs - There's Still (Some) Life in the Old Dog Yet - Incompatibility of Existing Member State BITs with EU Law and Possible Remedies, in: Karl P. Sauvant (Hrsg.): Yearbook on International Investment Law & Policy 2010-2011, Oxford: Oxford University Press, S. 217 ff.

Refocusing on the Constitution – Approaching Internet Legislation and Regulation through the Eyes of the Constitution. A Research Sketch, Workshop Paper für das erste Berlin Symposium in Internet and Society October 25 – 27, 2011, Alexander von Humboldt Institute on Internet and Society (HIIG), Berlin, abrufbar unter: SSRN: <http://ssrn.com/abstract=1940405>.

Vorträge

26. Oktober: Präsentation des Papers „Refocusing on the Constitution - Approaching Internet. Legislation and Regulation through the Eyes of the Constitution. A Research Sketch, 1st Berlin Symposium in Internet and Society October, Berlin.

14. April: Vortrag zum Thema: „The jurisdiction of Investment Tribunals in Intra-EU BIT Conflicts“ im Rahmen der Veranstaltung: EU Law and International Investment Law: Questions of Jurisdiction and Applicable Law des British Institute of International and Comparative Law London / UK-Investment Treaty Forum, London.

Beratertätigkeiten

Gutachtertätigkeit zu Fragen der Vereinbarkeit von Investor-Staat-Schiedsverfahren auf der Grundlage von sog. Bilateral Investment Treaties mit dem Europarecht

Beratertätigkeit zu europarechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der sog. „Euro-Krise“

Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)

Veröffentlichungen

Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht. Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unionsebene im Vergleich, Mohr Siebeck, Schriftenreihe Verfassungsentwicklung in Europa, Tübingen 2011, 764 + XXXII Seiten.

La jurisprudence du Conseil constitutionnel français et du Tribunal constitutionnel fédéral allemand sur l'évolution des Traités européens – Un Conte d'Aiguilleurs et de Gardiens du Pont, 28 S., 2012, im Erscheinen.

Multilevel-Constitutionalism and Constitutional Pluralism, in: M. Avbelj/ J. Komárek (Hrsg.), Constitutional Pluralism in the European Union and Beyond, Hart, Oxford 2012, S. 105-127, im Erscheinen (gemeinsam mit Franz C. Mayer).

Lisbon Before the Courts: Comparative Perspectives, in: European Constitutional Law Review – EuConst – 2011, Heft 1, S. 96-137 (Vortragsfassung in: I. Pernice/ J. M. Beneyto Pérez (Hrsg.), Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law of Na-

tional Constitutional Courts. Lisbon and Beyond, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2011, S. 65-106 sowie als: Documento de Trabajo, Serie Unión Europea, Número 41/2011)

Vorträge

24.-25. November: Vortrag zum Thema "Institutional aspects of the EU's accession to the European Convention of Human Rights: on the way towards a better enforcement of fundamental rights?" International Workshop on Human Rights Enforcement Mechanisms, Budapest.

23.-25. Juni: Comment zu Harald Weiß, Vorläufige Freiheitsentziehungen als Instrument zur Terrorismusbekämpfung - Das Beispiel der französischen garde à vue, 6. Deutsch-Französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, 23.06. – 25. Juni 2011, Centre Marc Bloch, Berlin.

Michael Schwarz

Veröffentlichungen

Die Menschenwürde als Ende der europäischen Wertegemeinschaft? Eine realistische Perspektive auf das Schutzdefizit nach Art. 1 der Grundrechtecharta, Der Staat 50 (2011), S. 533-66.

Europa in der Horizontalen - Zur Abgrenzung des Prinzips gegenseitiger Anerkennung vom Rechtsinstitut des transnationalen Hoheitsakts, in: Debus u.a. (Hrsg.): Verwaltungsrechtsraum Europa (51. Assistententagung Öffentliches Recht), 2011, S. 55-78.

Vorträge

15.-18. März: Vortrag zum Thema „Verwaltungsrechtsraum in Europa“ im Rahmen der 51. Assistententagung Öffentliches Recht, Speyer.

Lars S. Otto, LL.M. (LSE)

Veröffentlichungen

Herausgeberschaft und Einführung: Elemente einer Europäischen Öffentlichkeit (zusammen mit Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice), in: Ingolf Pernice/Lars S. Otto (Hrsg.): Europa vermitteln im Diskurs – Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit (Forum Constitutionis Europae – Band 11), Baden-Baden: Nomos 2011).

9. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht / WHI-Papers

Prof. Dr. Dr. h. c. Pernice ist Herausgeber der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht, die beim Nomos-Verlag, Baden-Baden, erscheint. In dieser Schriftenreihe werden unter anderem die Beiträge zum FCE und herausragende Monographien aus dem Kreise der Mitarbeiter des WHI sowie die Tagungsbände des Walter Hallstein-Symposiums in Frankfurt (hrsg. von Manfred Zuleeg) veröffentlicht. Eine Übersicht über alle bisher erschienenen Bände findet sich unter www.nomos-shop.de.

Im Jahr 2011 folgende Bände erschienen:

Band 34: Ingolf Pernice/Lars Otto (Hrsg.): Europa vermitteln im Diskurs. Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae – Band 11, Baden-Baden: Nomos 2011.

Band 35: Katharina Ludwig: Die Rechtsstaatlichkeit in der Erweiterungs-, Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Entwicklung einer European Rule of Law? Baden-Baden: Nomos 2011.

Zudem veröffentlicht das WHI auf seiner Webseite regelmäßig Beiträge von Mitarbeitenden bzw. Mitwirkenden des WHI und besonders herausragenden Studierenden zu aktuellen Fragen des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts.

Im Jahr 2011 sind folgende Papers erschienen:

WHI-Paper 01/2011

Autor: Prof. Dr. **Steffen Hindelang**, LL.M.

Titel: Der primärrechtliche Rahmen einer EU Investitionsschutzpolitik: Zulässigkeit und Grenzen von Investor-Staat-Schiedsverfahren aufgrund künftiger EU Abkommen

WHI-Paper 02/2011

Autor: Prof. Dr. **Steffen Hindelang**, LL.M.

Titel: Restitution and Compensation – Reconstructing the Relationship in Investment Treaty Law

WHI-Paper 03/2011

Autor: Prof. Dr. Dr. h.c. **Ingolf Pernice**

Titel: Motor or Brake for European Policies? Germany's New Role in the EU after the Lisbon-Judgment of its Federal Constitutional Court

WHI-Paper 04/2011

Autor: Prof. Dr. Dr. h.c. **Ingolf Pernice**

Titel: Währungsunion – Zuerst kommt die europäische Disziplin

☆ 10. Internationaler Forscheraustausch



Auswärtige Lehrtätigkeit und Teaching Staff Mobility

Mitarbeiter des WHI werden häufig gebeten, an Universitäten im Ausland Lehrveranstaltungen durchzuführen. Damit werden internationale Kontakte gepflegt und am WHI gesammelte Erfahrungen an junge Menschen in anderen Ländern weitergegeben. Im Jahre 2011 gehörten zu diesen Unternehmungen:

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

13. Juni: Università Commerciale Luigi Bocconi (Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi), Mailand, Italien: Gastvorlesung zum Europäischen und Internationalen Investitionsrecht. Thema der Vorlesung: "The Future of Investor-State-Arbitration and EU Law"

19.-20. April: Karls-Universität Prag, Juristische Fakultät / Tschechische Republik: Gastvorlesungen im Unionsrecht und im Europäischen und Internationalen Investitionsrecht. Themen der Vorlesungen: "Free Movement of Capital in a Third Country Context" sowie "The Common European Investment Policy after Lisbon-Origins, Current Issues and Perspectives", and "Current Issues of European Integration - Sovereign debt crisis"

Gastforscher

Das Walter-Hallstein-Institut steht Gastforschern aus dem Ausland offen, die Themen zum Europäischen Verfassungsrecht bearbeiten. Auch im Jahre 2011 besuchte das WHI im Rahmen eigener Forschungsprojekte:

Prof. Dr. **J. Zemanek**, Universität Prag

11. Promotionen am WHI

Am WHI werden von Prof. Pernice seit Jahren Promotionen zum Europäischen Verfassungsrecht betreut. Zuletzt erschienen sind folgende Arbeiten:

Zhongxia Li

„Die Möglichkeiten föderativer Gleichheit in China – vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrung“, Hamburg 2010.

Yuanyuan Wang

„The Independence of Judges in China and Germany“, Frankfurt 2011.

Mattias Wendel

„Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht. Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unionsebene im Vergleich, Mohr Siebeck, Schriftenreihe Verfassungsentwicklung in Europa“, Tübingen 2011.

Im Jahre 2011 wurden folgende weitere Arbeiten begutachtet und im Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen bzw. stehen vor dem Abschluss:

Jule Martin

„Das Steuerungskonzept der informierten Öffentlichkeit Neue Impulse aus dem Umweltrecht des Mehrebenensystems“

Bilgütay Kural

„Übertragung von Hoheitsrechten der Türkei auf die EU im Falle der EU-Mitgliedschaft“

Julia Mall

„Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte und das Protokoll über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich“

12. Beteiligung an der Lehre



European Online Academy

Zur Ergänzung der Ausbildung und zur Fortbildung vor allem von Praktikern engagierte sich das WHI auch 2011 bei der European Online Academy (EOA). Federführend in diesem Projekt ist das CIFE (Prof. Hartmut Marhold, Dr. Helgard Fröhlich) in Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet Chair for Political Science and European Affairs (Prof. Wolfgang Wessels, Köln). Für die juristischen Aspekte und insbesondere das Europäische Verfassungsrecht zeichnet das Walter Hallstein-Institut (Prof. Ingolf Pernice, Edgar Lenski) verantwortlich. Bereits seit 2008 besteht die Möglichkeit, neben dem einjährigen Zertifikatsstudium auch einen zweijährigen Masterstudiengang zu beginnen. Die EOA kann unter www.eu-online-academy.org im Internet aufgerufen werden.

Prof. Pernice und Edgar Lenski haben auch in diesem Jahr wieder die Veranstaltungen „European Law I: Introduction to European Law“, „European Law II: Internal Market“ und „Aspects of European Legal Integration“ geleitet.

Studiengang Europawissenschaften

Der Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften in Berlin wurde im Oktober 1998 auf Initiative des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Studienstiftung des Deutschen Volkes in den Städten Berlin, Bonn, Hamburg und Saarbrücken eingerichtet. Er wird von den drei Berliner Universitäten gestaltet und bietet ein interdisziplinäres Programm zur konzentrierten Ausbildung zu Fragen der europäischen Integration (<http://www.europawissenschaften-berlin.de/>).

Prof. Pernice lehrt auch hier das Europäische Verfassungsrecht und hat 2011 ein Seminar gegeben zum Thema „Verfassungsrechtliche Fragen zum Euro-Rettungsschirm und der Reform des AEUV“.

MEGA-Programm

Aufgrund einer gemeinsamen Erklärung des deutschen Bundeskanzlers und des Präsidenten der französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2003 haben die Innenminister beider Länder ein gemeinsames Ausbildungsprogramm insbesondere für den höheren Dienst geschaffen, um die gegenseitige Kenntnis der administrativen Praxis und die Effizienz der gemeinsamen Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen der beiden Länder zu verbessern. Das WHI ist für die Humboldt-Universität zu Berlin zusammen mit der Berlin Graduate School of Social Science (BGSS) Mitglied eines u.a. aus der Universität von Paris I (Sorbonne) und der Ecole Nationale d'Administration auf französischer sowie der Universität Potsdam auf der deutschen Seite bestehenden Konsortiums, das gemeinsam das Programm für den „Master of European Governance und Administration / Master Européen de Governance et d'Administration“ (MEGA) durchführt. Der Grad wird durch die Universität Potsdam und die Université de Paris I (Sorbonne) verliehen.

Zusammen mit Prof. Glaeßner und Dr. Nagelschmidt von der BGSS ist Prof. Pernice zuständig für Konzeption und Durchführung des MEGA-Kernkurses PK 3: Die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Prof. Pernice gestaltete dabei zusammen mit Prof. Glaeßner am 3. Mai 2011 die Einführungs-sitzung sowie am 8. Juli 2011 die Abschluss-sitzung. Zusätzlich gab er am 18. Mai 2011 ein Seminar zum Thema: „Europäische Verfassungsentwicklung: Neue Bedingungen, neue Entwicklungen“.

Prof. Dr. Franz C. Mayer (jetzt Univ. Bielefeld, senior fellow WHI) gab am 6. Juni 2011 ein Seminar zum Thema „Europäische Mehrebenen-rechtsetzung“.

Prof. Dr. Stephan Wernicke (jetzt DIHT, senior fellow am WHI) gab am 17. Juni ein Seminar über „Die Wirtschafts- und Währungsunion in der Krise“.

Prof. Dr. Frank Hoffmeister (jetzt stv. Kabinettschef bei EU-Kommissar De Gucht, senior fellow WHI) gab am 1. Juli 2011 ein Seminar über „EU Außenpolitik“.

Edgar Lenski gab zudem im Sommersemester 2011 einen Einführungskurs in die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union.

LL.M.-Programm

Das WHI betreut jedes Jahr Studierende aus dem LL.M.-Programm der Humboldt-Universität die Arbeiten im Europäischen Verfassungsrecht erstellen. Die LL.M.-Studierenden sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des WHI den internationalen Gedankenaustausch über die Forschungsarbeit am Institut zu bereichern. Die Magisterarbeiten sind in der Regel auf rechtsvergleichende Themen zum Europäischen Verfassungsrecht ausgerichtet. Im Jahre 2011 hat Prof. Pernice vier Arbeiten betreut:

Arifé Yildiz

„Die Entwicklung einer europäischen Identität unter Beachtung des deutschen und französischen Staatsbürgerschaftsrechts und deren nationale Identität“

Lucie Pocha

„Die Inanspruchnahme von ausländischen Gesundheitsleistungen nach der Patientenmobilitätsrichtlinie (EU) 2011/24 – Der Binnenmarkt als Chance oder Risiko für Patienten und nationale Gesundheitssysteme? (dargestellt am Beispiel Deutschland und England)“

Juliette Rolland

„Europäisches öffentliches Auftragswesen und kleine Gebietskörperschaften“

Maris Moks

„Die rechtlichen Mängel der Durchführung des Vertrags von Lissabon bei der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes“

Seminar und Exkursion – “Europa vor Ort”

Vom Institut werden jedes Semester Seminare zur Theorie und Praxis des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts angeboten.

Auch in diesem Jahr fand im Rahmen des Seminars wieder eine Exkursion nach Luxemburg und Brüssel unter dem Motto “Europa vor Ort, Begegnungen von Theorie und Praxis” statt. Insgesamt knapp 40 Teilnehmer/innen, darunter vor allem Studierende und junge Forschende, erhielten so die Gelegenheit zur Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung des Europäischen Gerichtshofs sowie zu intensiven Fachgesprächen mit den dort arbeitenden Richtern und Generalanwälten. In Brüssel trafen die Teilnehmer/innen dann Abgeordnete und Beamte des Europäischen Parlaments, Mitglieder oder hohe Beamte der Europäischen Kommission sowie Beamte des Europäischen Rates. Zudem konnte auf Einladung der Kanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP mit Anwälten des Europarechts diskutiert werden. Das WHI dankt der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung herzlich für die großzügige Unterstützung dieser Exkursion, an der auch Stipendiaten der Stiftung teilnahmen.

Model European Union Conference

Die Simulationsübung Model European Union Conference wurde vom WHI auf Anregung von Studierenden eingeführt, um praktische Erfahrung in der Verhandlung europäischer Themen im Rat sowie bzgl. des Zustandekommens von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zu vermitteln. Durchgeführt wird die Simulation idR. auf Englisch. Die Studenten haben Gelegenheit, wie im Spiel ihr *diplomatisches Geschick, Verhandlungstechnik, Fremdsprachenkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten und die Anwendung des europäischen Rechts zu trainieren*. Dank der großzügigen Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Frau Yvonne Lehmann) hat sich die MEUC als überaus effektive und auch ertragreiche Veranstaltung entwickelt, die sich bei internationalen wie einheimischen Studierenden großer Beliebtheit erfreut.



MEUC WS 2010/11 Teilnehmer der Simulation des Europäischen Gerichtshofs

Unter dem Thema „Nach Fukushima: Europa vor dem Atomausstieg?“ hat die Meuc im Sommersemester 2011 eine Simulation des Europäischen Rates in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert-Stiftung durchgeführt. Das polarisierende Thema führte zu engagierten Diskussionen während der zwei Tage dauernden Simulation. Schließlich konnte aber doch ein Konsens der Studierenden in den Rollen der Staats- und Regierungschefs erzielt werden.

Einzelheiten zu den laufenden Sitzungen sowie Berichte über die Simulationen sind auf der Webseite der Model European Union Conference <http://www.meuc.eu> zu finden. Hier gibt es auch links zu den Video-Berichten über die Sitzungen, die über Youtube abrufbar sind. Als Ansprechpartner steht Henner Fries-Henrich unter info@meuc.eu zur Verfügung.

Robert Bosch Stiftung: Introductory Workshop im Rahmen des Bellevue-Programms

Das Walter Hallstein-Institut führt einmal pro Jahr einen Introductory Workshop für die Teilnehmer des Bellevue-Programms der Robert Bosch Stiftung in deren Berliner Repräsentanz durch. Das Bellevue-Programm ermöglicht Nachwuchsführungskräften der obersten staatlichen Behörden der EU-Mitgliedstaaten eine einjährige Tätigkeit in einer obersten staatlichen Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaates mit dem Ziel einer fachlichen Weiterqualifikation und Begegnungen mit Kollegen aus anderen europäischen Ländern.

Zu Beginn des Workshops am 8. August 2011 hielt Prof. Pernice einen einführenden Vortrag zur internationalen Finanz- und Staatsschuldenkrise und möglichen Reformen der Verträge der Europäischen Union. Anschließend führten Mitarbeiter des Walter Hallstein-Instituts mit den Teilnehmern des Bellevue-Programms eine Simulation einer Sitzung des Europäischen Rates durch, bei der die Teilnehmer die Rollen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union übernahmen, um in einer interaktiven Weise eine Reform der Europäischen Union zu diskutieren. Martin Mlynarski und Henner Fries-Henrich erläuterten den Teilnehmern den Ablauf einer Sitzung des Europäischen Rates sowie die prozessualen Regeln und leiteten die Simulation der Ratssitzung in der Rolle der Präsidentschaft des Europäischen Rates. Nach intensiven realitätsnahen Verhandlungen erarbeiteten die Teilnehmer des Bellevue-Programms die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates mit einer Reihe von Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Verträge der Europäischen Union.

13. Kontakt

Walter Hallstein-Institut

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice

Direktor

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin
Juristische Fakultät
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Besucheranschrift

Humboldt-Universität
Unter den Linden 11
Raum 104b
Frau Müller

Tel: 2093-3440

Fax: 2093-3449

E-Mail-Adresse des Walter Hallstein Instituts:

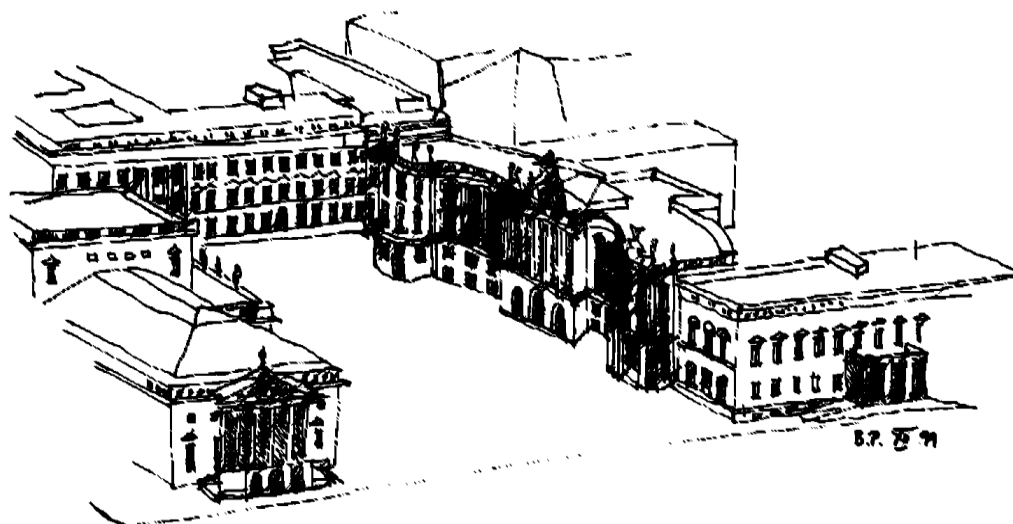
sekretariat@whi-berlin.de

Homepage des Walter Hallstein Instituts:

www.whi-berlin.de

Spendenkonto:

Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V.
Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00,
Kontonummer: 060150000



Impressum

Herausgeber:

V.i.S.d.P.:

Redaktion:

Druck:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Kristin Bettge

Sebastian Leuschner

Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin